

Vorwort

Die nachfolgende Beantwortung der gemeinsamen Anfrage der SPD-Fraktionen in den Räten der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal nehmen wir gerne zum Anlass, Ihnen umfassend über den derzeitigen Stand aller Kooperationen der drei Bergischen Großstädte Bericht zu erstatten.

Wir werden die Interkommunale Zusammenarbeit ausbauen und stärken, so wie wir es bereits im Januar 2002 verbindlich verabredet haben. Angesichts der dauerhaft schlechten Finanzlage der Städte und Gemeinden gilt es, jede Möglichkeit zur Senkung von Verwaltungsausgaben zu nutzen. Das Ziel unserer Zusammenarbeit besteht also in der wirtschaftlichen Optimierung der Verwaltung.

Eine Steuerungsgruppe, bestehend aus den Kämmerern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Oberbürgermeister-Büros bzw. der Kämmerei, hat die Aufgabe, Vorschläge für eine konkrete Umsetzung zu erarbeiten.

Auf allen Verwaltungsebenen werden derzeit die finanziellen Vorteile einer Zusammenarbeit erhoben. Die beiliegende Dokumentation zeigt den aktuellen Stand dieser Erhebungen. Wir werden Sie künftig regelmäßig über laufende und neu begonnene Projekte informieren.



Fred Schulz
Oberbürgermeister
der Stadt Remscheid



Franz Haug
Oberbürgermeister
der Stadt Solingen



Dr. Hans Kremendahl
Oberbürgermeister
der Stadt Wuppertal

Beantwortung der Fragen der Anfrage der SPD-Fraktionen in den Räten der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal

Frage 1)

Welche Möglichkeiten und Formen der Interkommunalen Zusammenarbeit sieht die Verwaltung in den nachstehenden Verwaltungsbereichen?

a) Personalverwaltung

Zur Zeit wird überprüft, wie die Beihilfestellen der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal organisatorisch zusammengelegt werden können. Dazu wird z. Zt. umfangreiches Datenmaterial zur Organisation, zur technischen Ausstattung und zum Verfahrensablauf aller drei Städte ausgewertet. Mit diesen Informationen wird berechnet, welche Einsparungen bei einer Zusammenlegung und völligen Neuorganisation einer gemeinsamen Beihilfestelle zu erzielen wären.

Nach Fertigstellung des Gutachtens wird über die Verwaltungsvorstände darüber entschieden, wie die Zusammenlegung, wenn sie sich als wirtschaftlich herausstellt, umgesetzt wird. Bis Ende des 1. Quartals 2004 sind die Grundlagen zu einer Entscheidung erarbeitet.

Im Bereich der Aus- und Fortbildung besteht bereits seit langer Zeit über das Bergische Studieninstitut (BSI) eine Basis für die Zusammenarbeit der drei Bergischen Großstädte. Im letzten Jahr wurde die Zusammenarbeit in diesem Bereich erheblich intensiviert. Beispielsweise wurde vereinbart, dass die drei Bergischen Großstädte mit einem gemeinsamen Stand auf Ausbildungsmessen vertreten sind. Zum ersten Mal wurde im Juni 2003 ein gemeinsamer Messestand präsentiert. Mittelfristig sollen Werbematerialien mit einem gemeinsamen Logo angeschafft werden. Weiterhin sollen die Auswahlverfahren für die Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerber besser koordiniert werden, um z. B. Kosten für Auswahlverfahren zu minimieren.

Des Weiteren wurde durch die Stadt Solingen ein Ausbildungsverbund bei IT-Berufen im Bergischen Städtedreieck angeregt, um weitere zusätzliche Ausbildungsplätze durch eine gemeinsame Koordination, auch in Zusammenarbeit mit Unternehmen der Region, zu schaffen. Möglichkeiten der Umsetzung werden derzeit geprüft.

In einem ersten Gespräch wurden weitere Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der Personalverwaltung von den Fachverwaltungen erörtert. Dabei wurde festgestellt, dass auf Grund der erst kürzlich erfolgten Neuausrichtung der eingesetzten TUI-Verfahren eine gemeinsame Lösung aus wirtschaftlichen Gründen zur Zeit nicht sinnvoll ist.

Bei grundsätzlichen Veränderungen in Bezug auf die Abrechnungsverfahren, möglicherweise im Zusammenhang mit dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement, muss eine gemeinsame Ausrichtung der TUI-Unterstützung bei Personalabrechnung im Bergischen Städtedreieck nochmals diskutiert werden.

b) Materialwirtschaft

Die Stadt Wuppertal arbeitet zur Zeit intensiv an der Realisierung einer E-Procurement-Plattform (Beschaffung über das stadtinterne Intranet mit Hilfe von Internetanwendungen zur Beschaffung von Material und Gegenständen für die Stadtverwaltung Wuppertal). Die Städte Solingen und Remscheid haben sich im Oktober 2003 auf Einladung der Stadt Wuppertal über den Stand der Entwicklung informiert.

Es muss in diesem Zusammenhang für die Städte Solingen und Wuppertal geprüft werden, ob sich in diesem Aufgabenfeld eine Zusammenarbeit in datenverarbeitungstechnischer und fachlicher Hinsicht als wirtschaftlich herausstellt.

Die diesbezüglichen Fragen werden bis Anfang nächsten Jahres abgeklärt, so dass über die Zusammenarbeit in dieser Hinsicht entschieden werden kann.

c) Rechtsangelegenheiten

Nach eingehenden Gesprächen in der Steuerungsgruppe „Bergische Zusammenarbeit“ unter Beteiligung der Fachverwaltungen ist festgestellt worden, dass die organisatorische Zusammenfassung nicht sinnvoll wäre. Die Rechtsabteilungen der drei Bergischen Städte führen ihren Informationsaustausch direkt durch.

d) Wirtschafts- und Strukturförderung

Die von den Bergischen Städten, koordiniert durch das Regionalbüro, erfolgreich abgeschlossene gemeinsame Bewerbung um die Ausrichtung der Regionale 2006 ist ein zentrales Projekt der bergischen Zusammenarbeit. Seit 1999 werden hier strukturwirksame Projekte entwickelt, die städtebauliche, kulturelle und wirtschaftliche Akzente für den Strukturwandel in der Region setzen. Qualität und Innovation sind hierbei die Hauptkriterien der zu initiiierenden Projekte. Die Regionale 2006 dient zudem als Plattform zur Erprobung einer neuen Planungskultur sowie für bürgerschaftliches und unternehmerisches Engagement in der Region.

In den verschiedenen Arbeitsgruppen und Gremien der Regionale 2006 wirken die Bergischen Städte intensiv an der Umsetzung der Regionale-Planung mit. Die Regionale 2006 Agentur GmbH wurde eigens als Gesellschaft der drei Bergischen Städte gegründet, um den gesamten dynamischen Prozess zu begleiten, mit dem sich das Bergische Städtedreieck nach innen und nach außen profiliert darstellt.

Folgende Gemeinschaftsprojekte der Regionale 2006 sind festgelegt worden:

- Kompetenzhoch3 und lebendige Unternehmenskultur
- Bahnring „Der Müngstener“
- Brückenpark Müngsten
- Erlebnis Industriekultur und Tourismus
- Bergischer Ring
- Wandererlebnis Wasserkraft/Landschaft

Unter Beteiligung der drei Bergischen Städte wird der Verein „Bergisch-Land-Touristik e.V.“ gegründet. Zwischenzeitlich wird bereits an gemeinsamen Internet- und Messeauftritten gearbeitet.

Zusammen mit der Regionale 2006 Agentur GmbH arbeiten die drei Verwaltungen sowie die drei Wirtschaftsförderer der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal an der Vermarktung der gesamten Bergischen Wirtschaftsregion unter der Dachmarke „Kompetenzhoch3“. Hier sind bereits einige Erfolge, gerade im Zusammenwirken der drei Bergischen Großstädte, zu verzeichnen. Angefangen bei dem höchst erfolgreichen gemeinsamen Messeauftritt auf der ExpoReal in München über die Implementierung der Internetplattform www.kompetenzhoch3.de im Zusammenwirken mit zahlreichen Akteuren der Region wurden bereits feste Strukturen geschaffen, die eine intensivere Zusammenarbeit in vielen regionalwirtschaftlichen Fragen möglich machen. Ein Beispiel dafür ist auch der Wirtschaftsbericht mit dem Titel „Kompetenzhoch3“, der auf eine Initiative der Bergischen Oberbürgermeister beim Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen zu Beginn des Jahres 2002 aufbaut und in Kürze aktuell wieder erscheint.

Insbesondere geht es darum, die regionalen Kernkompetenzen „Automotive, Metallbearbeitung, Gesundheitswirtschaft, Design/Kommunikation, Wärmetechnik, Brennstoffstelle, Schneidwaren, Textil, Oberflächenveredelung, Qualifikation und Bildung zu stärken. Zu diesem Thema sind in den nächsten Monaten auch sog. „Thematische Strategiegelgespräche“ geplant. Darüber hinaus ist eine Standortkonferenz – gemeinsam mit dem Land – vorgesehen, um dort die Ausgestaltung von Entwicklungsschwerpunkten zu erörtern und festzulegen. Hieran sollen alle wirtschaftsrelevanten Akteure eingebunden werden.

Schließlich wird die Bergische Region nicht nachlassen, auf ungerechte Förderpolitik der EU aufmerksam zu machen und auf eine strukturelle Änderung der Förderkriterien zu drängen.

e) Bildung

Bereits im Jahr 2002 erfolgte durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung eine Kooperation der drei Bergischen Städte auf dem Gebiet der Schule für Kranke mit dem Ziel der Kostenteilung.

Zur Erstellung des Medienentwicklungsplanes konnte die Stadt Wuppertal den gleichen Experten wie Remscheid und Solingen gewinnen, so dass durch daraus entstehende Synergieeffekte eine Zusammenarbeit geboten ist. Erste Gespräche wurden bezüglich des schulischen Beschaffungswesens aufgenommen. Diese müssen in die Bemühungen um eine E-Procurement-Plattform integriert werden.

Die Zusammenarbeit zwischen den Schulverwaltungen wurde in den letzten Jahren stark intensiviert. Ab dem Jahr 2004 sind gemeinsame, evtl. europaweite, Ausschreibungen für die Bereiche "Schulmöbel" und "IT-Ausstattung" konkret geplant. Ebenfalls für 2004 wird die Herausgabe eines gemeinsamen "Schulkulturatlases" beabsichtigt. Weiterhin ist es geplant, die Erstellung eines gemeinsamen Schulentwicklungsplanes für die Berufskollegs zu initiieren. Der Projektbeginn dazu ist voraus-

sichtlich auch im Jahr 2004. Des Weiteren wird im ersten Quartal 2004 eine gemeinsame Fachtagung über die Zukunft der Sonderschulen organisiert. Eingeladen werden alle SchulleiterInnen der drei Städte und die schulpolitischen SprecherInnen der jeweiligen Fraktionen in den Schulausschüssen. Eine ähnliche gemeinsame Veranstaltung ist für den Themenkomplex "Schulschwänzer" geplant.

Frage 2)

Welche Chancen für eine Interkommunale Zusammenarbeit sieht die Verwaltung in den nachstehenden Bereichen, ggf. welche Möglichkeiten und Formen sieht die Verwaltung?

a) EDV und Nachrichtentechnik

Im Rahmen der Intensivierung der Zusammenarbeit der drei Bergischen Großstädte wurde von Anfang an die Thematik der Datenverarbeitung in den Fokus der Betrachtung gestellt.

Die IT-Beauftragten der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal sondieren seit einem Jahr in regelmäßigen Gesprächen die Kooperationsmöglichkeiten auf dem Gebiet der Datenverarbeitung. Hintergrund ist ein Auftrag der drei Oberbürgermeister, durch konkrete Kooperationsprojekte IT-Kosten zu sparen und Synergieeffekte zu realisieren.

Der Grundgedanke der Kooperation ist, die Rechenzentren der drei Städte zu spezialisierten Kompetenzzentren für bestimmte Anwendungen zu machen, die von allen drei Kooperationsstädten genutzt werden. D.h. jede Stadt sollte für bestimmte Bereiche "Kompetenzzentrum" für alle drei Partner werden. Gleichzeitig soll dies ein Einstieg in die Angleichung und Standardisierung der Geschäftsprozesse sein sowie in eine bessere Kommunikation und Abstimmung der "Frontoffices". Wichtige Investitionen der Zukunft in Richtung auf das Virtuelle Rathaus könnten gemeinsam bewältigt werden.

Voraussetzung für die Ausdehnung der Zusammenarbeit ist der Zusammenschluss aller drei Verwaltungsnetze zu einem "Bergischen Datenring". Es hat sich bei vielen Ansätzen gezeigt, dass es bei fast allen Themen unabdingbar erforderlich ist, eine Durchgängigkeit der Datenverarbeitungsnetze der drei Bergischen Großstädte zu schaffen. Ohne ein gemeinsames Datennetz sind viele Ansätze, die der wirtschaftlichen Prüfung zugeführt werden müssen, nicht realisierbar. Die betreffenden Anwendungen können dann über den Bergischen Datenring per Datenfernübertragung an die Arbeitsplätze in die Partnerstädte gebracht und ferngewartet werden.

Vorbild für den Bergischen Datenring ist das bestehende Netz von Remscheid und Wuppertal. Dadurch konnte als erster wesentlicher Schritt der Internetzugang beider Städte über eine gemeinsame Firewall (Betrieb durch Wuppertal) realisiert werden. Zwischenzeitlich wird auch das Sozialhilfeverfahren lediglich bei der Stadt Wuppertal betrieben. Eine weitere Installation im Bereich der Datenverarbeitung der Stadt Remscheid ist dadurch nicht mehr erforderlich. Dadurch konnte auf Seiten der Stadt Remscheid ein kostenintensiver Großrechner abgelöst werden.

Im Bereich des Einwohnerwesens wird das entsprechende Fachverfahren im Bereich der Datenverarbeitung der Stadt Remscheid initialisiert. Dieses Verfahren wird von den Wuppertaler Kolleginnen und Kollegen mit genutzt und führt dazu, dass eine Betreuung des Verfahrens auf Wuppertaler Seite entfällt.

b) Volkshochschule

Zur Zeit wird die Zusammenführung der Volkshochschulen unter der Voraussetzung der Wahrung der Präsenz in den drei Städten erneut geprüft. Ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen den Fachbereichsleitungen hinsichtlich verschiedener Aspekte wie Absprachen von Honorarzahungen, Einsatz von Lehrwerken, Erarbeitung neuer Angebotsformen, Austausch von Kursleitungen, etc. findet bereits statt.

c) Vermessung, Kataster und Kartographie

Es wurde eine Arbeitsgruppe der drei Bergischen Städte eingerichtet, die weitere Umsetzungsschritte auf der Grundlage eines Gutachtens einer Unternehmensberatung prüft. Die Arbeitsgruppe hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Eine Fusion ist derzeit aufgrund der Rechtslage nicht möglich.

Dieser Aufgabenbereich zeichnet sich dadurch aus, dass bereits eine intensive Zusammenarbeit existiert. Als gemeinsames Projekt ist hier insbesondere der Bergische Städteatlas zu nennen, der in Zusammenarbeit der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal aufgelegt wurde.

d) Sportkoordination und Sportstättenmanagement

Zwischen den drei Bergischen Sportämtern findet bereits seit geraumer Zeit ein regelmäßiger Informations- und Erfahrungsaustausch statt. Auch die jeweiligen Ausschüsse für den Schulsport der drei Bergischen Städte kooperieren seit Jahren eng in Form gemeinsamer Beratungen.

Besonders hervorzuheben ist, dass in Krisensituationen die Kooperation der drei Städte funktioniert. Beispielhaft soll hier die zeitweise Schließung des Solinger Klingenbades sowie der Brand des Schwimmsportleistungszentrums Wuppertal genannt werden: Durch die Bereitstellung von Hallen- und Badkapazitäten in den Nachbargemeinden konnten Folgen für die betroffenen Vereine abgemildert werden.

Zur Untersuchung weiterer Kooperationsmöglichkeiten wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die u.a. die gemeinsame Nutzung örtlicher Ressourcen wie Fachpersonal und Maschinenpark prüft. Eine Erprobungsphase ist in Vorbereitung.

Die weitere Kooperation wird als sinnvoll angesehen, da sich hieraus speziell bei der Sportstättenunterhaltung Vorteile für die Kooperationspartner ergeben könnten.

Frage 3)

Sind die in den Fragen 1 und 2 genannten Kooperationsfelder bereits in Sitzungen der Arbeitsgruppe und ggf. eingerichteter Fachgruppen erörtert worden? Und wenn ja, mit welchem (Zwischen-) Ergebnis?

Die Frage wurde bereits durch die Ausführungen zu den einzelnen Aufgabenfeldern beantwortet. In diesem Zusammenhang wird die Struktur und der Prozess der Interkommunalen Zusammenarbeit der drei Bergischen Großstädte im folgenden erläutert.

Wie bereits im Vorwort der drei Oberbürgermeister beschrieben, ist eine Steuerungsgruppe aktiviert worden, die aus den Kämmerern der drei Bergischen Großstädte und Vertretern der Büros der Oberbürgermeister besteht. Von dort aus werden Handlungsfelder definiert, die Aussicht auf einen wirtschaftlichen Erfolg erkennen lassen.

Dabei werden Entwicklungen berücksichtigt, die zu Veränderungen und Umstrukturierungen in allen drei Verwaltungen bewältigt werden müssen. Als Beispiel gilt hier die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements, das von allen drei Städten umgesetzt werden muss. In dieser Hinsicht werden die Strategien besprochen, die in eine gemeinsame Bewältigung verschiedener Themen münden können.

Im Ergebnis muss die Zusammenarbeit jedoch dazu führen, dass Einsparungen in allen drei Städten vollzogen werden können. Dieser Steuerungsgruppe obliegt es auch den Abstimmungsprozess zu moderieren, d.h. ihn bei Bedarf zu beschleunigen, zu unterstützen oder falls das finanzielle Ziel nicht erreichbar ist, ihn auch zu stoppen.

In den regelmäßig stattfindenden Sitzungen werden die einzelnen Handlungsfelder besprochen und der Sachstand zu den Fortschritten der Zusammenarbeit ausgetauscht. Zu verschiedenen Sachthemen werden Unterarbeitsgruppen aus Fachverwaltung, Organisation und Verwaltungsleitung gebildet, die die wirtschaftliche Begutachtung und die Vorgehensweise in den einzelnen Verwaltungsbereichen erstellen. Berichte und Ergebnisse werden in die Steuerungsgruppe gegeben. Dort wird je nach Sachstand und Fortgang der Prüfungen über weitere Schritte entschieden.

Frage 4)

Wie bewertet die Verwaltung diese (Zwischen-) Ergebnisse?

Seit dem Spitzengespräch der drei Oberbürgermeister der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal Anfang 2002 werden in ständigen Gesprächen auch auf der operativen Ebene der Verwaltungen neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit erschlossen. Dieser Prozess hat angesichts der Fülle der Anknüpfungspunkte eine eigene, bisher nie gekannte, Dynamik entwickelt. Als bestes Beispiel dienen hier die Bereiche der Datenverarbeitung, die für viele Aufgabensegmente der Verwaltungen zunächst die Voraussetzungen schaffen werden, um eine funktionierende Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Dieser Bericht verdeutlicht, dass in vielen Geschäftsfeldern bereits die Grundlagen für eine engere Zusammenarbeit geschaffen wurden, die auch zukünftig bis zur gemeinsamen Aufgabenbewältigung auszubauen sind, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist.

Frage 5)

Welche Möglichkeiten und Formen sieht die Verwaltung in den bisher nicht genannten, in ihrem Bericht vom Dezember des vergangenen Jahres jedoch aufgeführten, Kooperationsgebieten?

a) Öffentlicher Personennahverkehr

Die Bergischen Stadtwerke haben in rd. zwei Jahren Projektarbeit die Bündelung von Verkehrsmanagementaufgaben untersucht. Da ein erheblicher Teil an Verkehrsmanagementaufgaben auch in den beteiligten Kommunen erbracht wird, ist diese Projektgruppe um kommunale Vertreter erweitert worden.

Die gemeinsame Arbeitsgruppe hat Modelle entwickelt, die zum einen dem Erhalt der Wertschöpfung in den Unternehmen und zum anderen dem sich abzeichnenden Erfordernis einer künftigen Trennung zwischen Besteller- und Erstellerebene durch Umsetzung in Form eines Evolutionsmodells Rechnung tragen könnten. Grundgedanke aller Modelle ist dabei eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, um bestimmte Aufgaben gemeinsam kostengünstiger und effizienter erledigen zu können und die strategische Überlegung, in einem zentralen Aufgabenfeld auf kommunaler Ebene zur Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit zu kommen.

Nach Vorstellung verschiedener Modelle besteht Konsens zwischen den Aufgabenträgern (= Städten), dass

- der Ausbau der bergischen Kooperation im ÖPNV erforderlich ist,
- ein Modell zur Bündelung der Aufgabenträgeraufgaben mit Blick auf Aufgabenstruktur, Organisationsform, Personalbedarf und wirtschaftliche Konsequenzen konkretisiert werden soll,
- konkrete Entwicklungspfade zu weiterführenden Modellen, die die besondere Situation der Verkehrsunternehmen berücksichtigen, soweit sinnvoll, erarbeitet werden sollen und
- bei allen Überlegungen der Erhalt des steuerlichen Querverbundes gewährleistet werden muss.

Ein im Oktober d. J. vorgeschlagenes Organisationsmodell sieht die Bildung einer gemeinsamen Aufgabenträgereinheit vor, die die Vorgaben bei gleichberechtigter Teilhabe der drei Kommunen und darüber hinaus im Verhältnis zu den Verkehrsunternehmen die Anforderungen aus dem EuGH-Urteil vom 24.07.03 („Altmark-Trans“) erfüllt.

Wegen des noch bestehenden Diskussionsbedarfes zur Klärung bestehender Unschärfen in dem vorgeschlagenen Modell ist die Verabschiedung zur Endabstimmung verschoben. Dabei besteht jedoch nach wie vor grundsätzliches Einvernehmen zwischen allen Beteiligten, dass neue Strukturen zur künftigen Wahrnehmung der Auf-

gabenträgeraufgaben und eine strategische Neuausrichtung der Erstellerebene erforderlich sind.

b) Grundsätzliche Kooperation der Feuerwehren und gemeinsame Leitstelle

In mehreren Gesprächen und verwaltungsinternen Abstimmungen wurden die Möglichkeiten von Kooperationen erörtert. Dabei wurde festgelegt, dass konkrete Planungen einer gemeinsamen Leitstelle aufgenommen werden müssen.

Aus diesem Grunde haben die Städte Solingen und Wuppertal ein Gutachten zur Realisierung des Projektes in Auftrag gegeben.

Das Gutachten empfiehlt, für den gemeinsamen Leitstellenbereich der Städte Solingen und Wuppertal eine gemeinsame integrierte Leitstelle für Feuerschutzaufgaben, Aufgaben des Rettungsdienstes und Katastrophenschutzaufgaben mit Standort in Wuppertal einzurichten. Ein solches Modell sei wirtschaftlich darstellbar, technisch umsetzbar und einsatztaktisch sinnvoll. Das ermittelte Einsparvolumen in beiden Kommunen ist erheblich.

Die Kooperation soll im Wege einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung erfolgen; die Aufnahme des „Echtbetriebes“ wird für den 01.01.2006 angestrebt.

Das Projekt wurde am 24.11.2003 dem Innenminister und der Bezirksregierung vorgestellt; von dort wurde Unterstützung für die Umsetzung dieses bundesweit beispielhaften Vorhabens zugesagt. Im Übrigen hat der Innenminister signalisiert, dass ein Teil der erzielten Einsparungen für die Motivation der Mitarbeiter (Ausnahme von den restriktiven Beförderungsregelungen) verwendet werden könne.

Am 26.11.2003 fand eine öffentliche Informationsveranstaltung für die Mitglieder der Fachausschüsse auf Schloss Burg statt. Eine Beschlussvorlage ist in die Räte der Städte Solingen und Wuppertal in den jeweiligen Dezember-Sitzungen eingebracht worden.

c) Zentrale Dienstleistungen und Servicebetriebe

Die Frage wurde bereits im Zusammenhang mit einer Reihe von speziellen Betrachtungen von einzelnen Organisationseinheiten zum größten Teil beantwortet (siehe dazu die Ausführungen zur IT-Organisation, Personalverwaltung, Materialwirtschaft, Rechtsangelegenheiten, Reinigungswesen oder Druckereiwesen).

Die übrigen Bereiche, wie zum Beispiel Gebäudemanagement, Ratsangelegenheiten oder Organisationsangelegenheiten wurden von der Steuerungsgruppe in der Priorität noch nicht als vordringlich eingestuft.

d) Reinigungswesen

Die organisatorischen Strukturen weichen in allen drei Städten erheblich voneinander ab. Eine Veränderung ist aufgrund der lokalen Festlegungen und Vereinbarungen zur Zeit nicht möglich.

e) Druckereiwesen

Hier werden mögliche Ansatzpunkte im Bereich der Fertigung von Massenprodukten gesehen. Zwischen den Druckereien in Solingen und Remscheid gibt es bereits seit längerem eine Zusammenarbeit hinsichtlich der Erstellung von Druckwaren. Im Zuge der engeren Zusammenarbeit im Bezug auf den „Bergischen Datenring“ wird das Thema nochmals aufgegriffen.

Frage 6)

Wie beabsichtigt die Verwaltung, den Rat in den weiteren Prozess zur Stärkung der Interkommunalen Zusammenarbeit einzubinden?

+

Frage 7)

Welcher Zeitplan liegt der weiteren Arbeit der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe zugrunde und wie ist die Beratung und Entscheidungsfindung im Rat und seinen Gremien geplant?

Zum einen wird zukünftig jährlich standardisiert über den Fortgang der Interkommunalen Zusammenarbeit der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal berichtet. Darüber hinaus werden in die Räte oder deren Ausschüsse Beschlussvorlagen zeitnah eingebracht, wenn Entscheidungen im Rahmen der Ratstätigkeit notwendig werden, so dass die Beteiligung der Räte gewährleistet ist.

Im Rahmen der Tätigkeit in der Steuerungsgruppe wurden Controllinginstrumente installiert, die das zielgerichtete Vorgehen nach den Grundsätzen, die die drei Oberbürgermeister für die Interkommunale Zusammenarbeit festgelegt haben, ermöglicht. Aufgrund der personellen Kapazitätsgrenzen mussten Prioritäten für die Prüfung, Begutachtung oder eine Organisationsuntersuchung festgelegt werden, um diese strategische Aufgabe der drei Bergischen Großstädte nicht durch eine Überbeanspruchung der operativen Möglichkeiten zu gefährden.

Frage 8)

Wird der vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Regionalen und Interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen in die Überlegungen der Verwaltungen der drei Bergischen Großstädte einbezogen?

+

Frage 9)

Wenn ja, in welcher Art und Weise? Welche Verwaltungsbereiche sind in den Überlegungen berücksichtigt worden?

Der vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Regionalen und Interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in NRW will in Form eines Artikelgesetzes verschiedene Ansätze zur Interkommunalen Zusammenarbeit aufgreifen.

Mit Art. 1 wird insbesondere die Einführung eines regionalen Flächennutzungsplanes ermöglicht. Damit soll eine kommunal gesteuerte regionale Planung die staatliche Gebietsentwicklungsplanung und die kommunale Flächennutzungsplanung ablösen.

Mit Art. 2 und 3 sollen Zusammenarbeitsmöglichkeiten benachbarter Gebietskörperschaften bei Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung erleichtert werden. Darüber hinaus geht es insbesondere um Erleichterungen der Zusammenarbeit im kreisangehörigen Raum.

Mit Art. 4 soll die Zusammenarbeit im kreisangehörigen Raum auf dem Gebiet des Feuerschutzes erleichtert werden. Mit Art. 5 soll der Kommunalverband Ruhrgebiet in einen Regionalverbund Ruhrgebiet umgebildet und weiterentwickelt werden.

Nach den Beratungen im Rechts- und Verfassungsausschuss des Städtetages NW wird der Entwurf hinsichtlich seiner Reichweite und seiner Terminologie als oberflächlich eingestuft. Die Übertragung von Zuständigkeiten zwischen Gemeinden sei nicht berücksichtigt, die Beschränkung der Zusammenarbeit auf benachbarte Gemeinden sei einengend und es sei fraglich, ob die Zusammenarbeit von drei und mehr Gemeinden durch den Gesetzeswortlaut überhaupt möglich sei.

Vor diesem Hintergrund spielt der Gesetzesentwurf derzeit keine Rolle.

Weitere Kooperationsfelder, die in der Anfrage nicht genannt wurden:

a) NKF – Neues Kommunales Finanzmanagement

Im Bereich des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) wird zwischen den Bergischen Großstädten Remscheid, Solingen und Wuppertal eine Zusammenarbeit angestrebt. Mittlerweile gibt es in allen drei Städten Einführungsprojektteams für das NKF.

Eine mögliche Zusammenarbeit wird z. Zt. in folgenden Bereichen geprüft:

- Qualifizierungsmaßnahmen (sowohl für Projektteams als auch für verwaltungsweite Schulungsmaßnahmen)
- Organisatorische Themenstellungen (z.B. der Buchhaltungsvorgänge)
- Entwicklung von Inventurrichtlinien
- Erstellung von Produktkatalogen bzw. –beschreibungen.

Über diese inhaltlichen Fragestellungen hinaus wird über gemeinsame Projektstrukturen diskutiert. Dabei ist die unterschiedliche „Systemlandschaft“ der beteiligten Kommunen zu berücksichtigen.

Die Stadt Solingen nutzt zwar, wie die Stadt Wuppertal, die technische Basis des SAP R/3-Systems, hat jedoch auch bereits das Personenkontenverfahren unter SAP R/3 abgebildet.

Dagegen wird die Stadt Wuppertal erst mit der Einführung des NKF das derzeitige Personenkontenverfahren ablösen und ggf. durch das neue SAP R/3-Modul PS-CD ersetzen. Ein weiterer Unterschied zwischen den Städten Solingen und Wuppertal liegt in der unterschiedlichen organisatorischen Struktur der Vermögensverwaltung.

Die Stadt Remscheid verfügt über die integrierte Finanzsoftware ProFiskal. Allerdings wird im Rahmen der Einführung von NKF eine Ausschreibung der anzuwendenden Software erfolgen. In dieser Hinsicht wird zur Zeit der Markt analysiert.

Von diesem Prozessschritt wird der Projektablauf in Remscheid beeinflusst, so dass zeitlich anders als in Wuppertal gelagerte Meilensteine nicht auszuschließen sind. Unabhängig davon ist die Frage des letztlich zum Einsatz kommenden Softwarepakets in Remscheid derzeit noch nicht entschieden.

Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten zwischen den drei Bergischen Großstädten werden weiterhin erarbeitet. Von diesen hängt wesentlich der Umfang der zukünftigen Zusammenarbeit ab.

b) Chemisches Untersuchungsinstitut - CUI

Mit dem 01.10.1969 wurde die Interkommunale Zusammenarbeit der Städte Solingen und Wuppertal im Bereich der amtlichen chemischen Untersuchung etabliert. Seit dem 01.01.1997 ging das Chemische Untersuchungsamt der Stadt Remscheid in dem bis dahin „Gemeinschaftlichen chemischen Untersuchungsinstitut der Städte Wuppertal und Solingen“ auf. Das nunmehr für die drei Bergischen Städte dienstleistende Haus führt seitdem den Namen „Chemisches Untersuchungsinstitut Bergisches Land“. Vertragliche Grundlagen hierzu waren und sind öffentlich-rechtliche Vereinbarungen zwischen den Partnerstädten.

Tätigkeitsschwerpunkt des CUI Berg. Land sind Untersuchungen, Begutachtungen und auch Betriebsinspektionen im Rahmen der amtlichen Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-Überwachung und somit für die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal. Darüber hinaus werden in erheblichem Umfang Trink-/Brauch- und Badewasseruntersuchungen für städtische Dienststellen der Partnerstädte als auch für private Auftraggeber durchgeführt, sowie Beratungsleistungen zu verschiedenen lebensmittelchemischen Fragestellungen erbracht.

Die Verteilung der anfallenden Kosten erfolgt nach einer Betriebsabrechnung. Für die Kosten der Tätigkeiten in der amtlichen Lebensmittelüberwachung wird als Verteilerschlüssel die Einwohnerzahl der Partnerstädte herangezogen; ansonsten erfolgt die Abrechnung verursachungsgerecht.

Das CUI versteht sich und arbeitet als ein gemeinschaftliches Institut der Partnerstädte – auch wenn es formal ein Stadtbetrieb der Stadt Wuppertal ist. Die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachdienststellen ist seit Jahren eingespielt, läuft völlig unproblematisch und kollegial.

Perspektivisch steht eine grundsätzliche Neuorientierung der Chemischen Untersuchungsämter in NRW an, und zwar von den zur Zeit 22 Einrichtungen (18 kommunale/ 4 staatliche) auf 3 bis 5 integrierte Untersuchungseinrichtungen, in denen alle Fachlichkeiten (Veterinäre, LM-Chemiker, Pharmazeuten, etc.) angesiedelt sind; hierzu legt die beim zuständigen Ministerium angesiedelte Arbeitsgruppe aus Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, der Fachseite sowie den Aufsichtsbehörden und dem Ministerium am 15.12.03 den Abschlussbericht vor.

Offen bleibt jedoch die konkrete Umsetzung, wie zu größeren Untersuchungseinrichtungen gelangt werden kann. Insofern sind weitere Bemühungen Fusionspartner, ggf. im ersten Schritt Kooperationspartner, in der näheren Umgebung zu finden, angezeigt.

Aktuell ist die Stadt Duisburg dabei, ihr Chemisches Untersuchungsamt zum Ende 2003 aufzugeben. Ein Angebot zur Zusammenarbeit (Übernahme) ist unterbreitet worden. Eine weitere Kooperation könnte sich auf Sicht gesehen mit dem Verbund der Chemischen Untersuchungsämter Moers-Essen-Viersen ergeben, wobei ein Eintritt in diesen Verbund nur dann Sinn macht, wenn gleichzeitig dabei eine Reduktion der Standorte zeitnah erfolgt bzw. festgelegt wird. Hierzu sind politische Entscheidungen erforderlich.

c) Leistungsbilanz des Regionalbüros

Wirtschaft – Arbeitsmarkt – Beschäftigung

Dieser Bereich ist seit Einrichtung des Regionalbüros ein herausragendes Arbeitsfeld. Ein zentrales Instrument stellt dabei die sehr breit, mit allen arbeitsmarkt- und beschäftigungsrelevanten regionalen Akteuren besetzte Arbeitsgruppe Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung dar, deren Vorsitz Herr Oberbürgermeister Haug innehat.

Was die Förderung der Koordinierungsstelle Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsförderung angeht, ist die Region vergleichsweise gut aufgestellt. Im Moment ist erkennbar, dass es eine erhebliche Ausdünnung dieser Struktur von etwa 30 Einrichtungen landesweit auf 15, bei gleichzeitiger Ausstattungsreduktion, geben wird. Grundlage werden zukünftig ausschließlich regionalisierte Strukturen sein, wie sie in der Region Bergisches Städtedreieck bereits seit 1992 gefahren werden.

Mittelfristig sind zudem die Folgen der Neufassung der europäischen Förderkulissen mit Wirkung ab 2006/7, die sich für die Region tendenziell in einer weiteren Rücknahme der Förderumfänge und durch eine erhöhte interregionale Konkurrenz ausdrücken wird, vorweg zu nehmen und strategisch/organisatorisch aufzufangen.

Wirtschaftsnahe Projekte

Im Regionalbüro ist schon sehr frühzeitig die These entwickelt worden, dass die Region insgesamt Fähigkeiten bzw. Potenziale im Hinblick auf Koordination, Kommunikation und Kooperation verfügt.

Um dies nachzuweisen und – im Erfolgsfall egi-
sches Alleinstellungsmerkmal der Region zu entwickeln, sind vom Regionalbüro eine Reihe von überregional beachteten Modellprojekten initiiert und – aus heutiger Sicht auch langfristig

Verkehr

Im Mittelpunkt dieses Arbeitsbereiches stand und steht – in enger Anlehnung an das Regionale Entwicklungskonzept – nahezu ausschließlich der regionale ÖPNV, insbesondere die städteverbindende Bahninfrastruktur und, bisher mit deutlich geringerem Gewicht, die Wirtschaftsverkehre.

- City Logistik

Die Region gehörte zu den Wettbewerbssiegern um das NRW Modellprojekt Stadtlogistik. Gegenstand des Projektes war der Versuch, durch Aufbau einer besonderen Logistikkette und Kooperationen zwischen Speditionen unterschiedlicher Größe und Leistungsfähigkeit zu einer Reduzierung von Lieferverkehren in den Innenstädten zu kommen.

- Integrierte Gesamtverkehrsplanung NRW

Die Beteiligung an der bzw. die regionale Moderation der integrierten Gesamtverkehrsplanung in NRW wird als mögliche Zukunftsaufgabe des Regionalbüros angesehen.

Regionales Einzelhandelskonzept

Auf der Grundlage eines zwischen Land, Bezirksregierung, Wirtschaftsverbänden und der kommunalen Ebene abgestimmten „Pflichtenheftes“ hat das Regionalbüro eine Ausschreibung für eine Vergabe des Konzeptes durchgeführt. Zwischenzeitlich haben sich alle o.a. Beteiligten auf ein geeignetes Büro verständigt, das den kommunalen politischen Gremien zur Vergabe empfohlen wird. Mit dieser Entscheidung (Anfang 2004) sowie der Bewilligung der beantragten Städtebauförderungsmittel und deren Bereitstellung kann sodann eine Beauftragung erfolgen. Das Ergebnis soll Ende 2004 vorliegen.

Ökoprofit

Mit dem von den Agenda-Geschäftsstellen der Städte und dem Regionalbüro organisierten Kongress "Modelle für zukunftsfähiges Wirtschaften" am 1.4.2000 auf Schloss Burg in Solingen ist die Diskussion um eine Umsetzung des Grazer Ökoprofit-Ansatzes im Wirtschaftsraum Bergisches Städtedreieck eröffnet worden.

Mit einem kommunalen Einsatz von rd. 40.000 € wurden so bis jetzt etwa 60 Klein- und Mittelbetriebe erreicht, betriebliche Investitionen von rd. 1.620.000 € induziert und jährliche Betriebskosteneinsparungen in Höhe von 1.110.000 € realisiert.

Stiftung Zukunftsfähiges Wirtschaften im Bergischen Städtedreieck

Es geht darum, die guten Nachhaltigkeitsansätze in der Region für die Zukunft zu sichern und weiter zu entwickeln. Hierfür will die Stiftung Zukunftsfähiges Wirtschaften im Bergischen Städtedreieck, zu deren Gründungsmitgliedern neben den Stadtwerken Remscheid, Solingen und Wuppertal, den Wirtschaftsförderungsgesellschaften in Solingen und Wuppertal auch das Regionalbüro Bergisches Städtedreieck gehört, eine Plattform werden.

d) Weitere Kooperationen

Weitere schon langjährig bestehend Kooperationen zwischen den Städten Remscheid, Solingen und Wuppertal finden sich auf den Internetseiten der Bezirksregierung Düsseldorf (www.brd.nrw.de) unter der Rubrik „Themen“, Button „Interkommunale Zusammenarbeit“.